

Abschließende Beratung: **Geschlossenes Heim für Kinder und Jugendliche schließen - pädagogische Betreuung sogenannter Problemkinder unter der Maßgabe „Hilfe statt Strafe“ weiter ausbauen** - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3301

**Marco Brunotte, SPD**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits bei der ersten Beratung des Antrags der Linken haben wir unsere grundsätzliche Ablehnung der geschlossenen intensivtherapeutischen Einrichtung in Lohne dargelegt. Daran hat sich nichts geändert.

Innerhalb kürzester Zeit hat der Sozialausschuss des Niedersächsischen Landtags den Antrag der Linken beraten und mit der Mehrheit von CDU und FDP abgelehnt. Wenn wir ehrlich sind, ist eigentlich schon in der ersten Beratung alles gesagt worden. Die Mehrheit dieses Hauses befürwortet diese Einrichtung als wirkungsvolles Instrument. Sie hat dafür das will ich einmal unterstellen sicherlich auch hehre Ziele. Wir lehnen diese Einrichtung ab. Gemeinsam mit den beiden anderen Oppositionsfraktionen sind wir uns darin einig, dass Lohne keine geeignete Antwort auf die Herausforderungen an eine effektive Kinder- und Jugendpolitik in Niedersachsen ist. (Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich will das an einigen Punkten begründen. An erster Stelle steht für uns Transparenz. Wir müssen feststellen, dass Lohne ein entscheidender Einschnitt in die bisherige Kinder- und Jugendpolitik Niedersachsens ist. Es ist ein Soloprojekt der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen. Diskutiert wurde diese Einrichtung im Vorfeld nicht, weder im Parlament noch im Fachausschuss. Kein Austausch über die Ziele, Wege oder Maßnahmen. Der Landtag wurde vor vollendete Tatsachen gestellt. Erst durch Anfragen, beantragte Unterrichtungen und anderes mehr wurde ein Informationsfluss gewährleistet. Immer nur dann, wenn wir gefragt haben, gab es Antworten. Wir haben im Ausschuss auch mit den Betreibern intensiv diskutiert und uns informiert. Die SPD-Fraktion war mit dem zuständigen Facharbeitskreis vor Ort und hat sich diese Einrichtung angeschaut. Der Ausschuss selbst war nicht dort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir fragen uns an dieser Stelle schon, warum ein scheinbar so zentrales Projekt von CDU und FDP dermaßen in den Hintergrund gestellt wird. Das bleibt uns ein Rätsel. Vielleicht haben sie dafür aber auch gute Gründe.

Punkt 2 betrifft die Pädagogik. Hamburg hat vor einigen Monaten die geschlossene Einrichtung Feuerbergstraße nach Skandalen, Fehlentwicklungen und einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss dicht gemacht. Die Feuerbergstraße war wahrlich kein Glanzlicht in Bezug auf den Umgang mit schwierigen Kindern.

Für uns stellt sich die Frage: Was ist das Ziel dieser Einrichtung in Lohne? - Für uns gilt: Der erzieherische Aspekt in der Bekämpfung von Jugendgewalt und Delinquenz muss Vorrang vor einer Bestrafungsstrategie haben. Wegschließen ist keine Lösung, und die Sanktionierung von Straftatbeständen kann und darf nicht Aufgabe der Jugendhilfe sein, sondern sie ist und muss Aufgabe eines effektiven Jugendstrafrechts bleiben. (Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich will dies an dieser Stelle mit einer Ausnahme sagen; denn in der Diskussion hat sich durchaus gezeigt, dass es im Bereich der Krisenintervention sicherlich Ausnahmefälle gibt, bei denen eine solche Einrichtung kurzfristig Sinn machen kann, aber nicht für die Zeiträume, die hier vorgesehen sind, und nicht mit diesem Hintergrund.

Wir zweifeln an dieser Stelle auch nicht an der Kompetenz und dem guten Willen der dortigen Mitarbeiter. Die Personalausstattung, die in Lohne vorgehalten wird, ist vorbildlich und bedeutet, dass sehr effektiv mit Jugendlichen gearbeitet werden kann. Das würden wir uns dann aber auch für andere Einrichtungen der Jugendhilfe wünschen, und zwar auch ohne Mauern.

Die Realität in Lohne sieht aber anders aus: Polizeieinsätze, besondere Vorkommnisse, Mitarbeiter kündigen und gehen, Jugendliche entweichen. Übergangsmanagement und Wiedereingliederung sind ungeklärt. Außerdem gab und gibt es vielleicht noch immer dazu könnte Frau Özkan ja noch etwas sagen einen durch das Sozialministerium verhängten Belegungsstopp für die Einrichtung in Lohne. Das spricht eine andere Sprache. Wir haben an der Stelle nur wenig über Ursachen gesprochen. Wir müssen aber festhalten, dass sich Ursachen für delinquente Karrieren vorrangig in prekären Lebenssituationen und Sozialverhältnissen widerspiegeln. Armut, mangelnde Teilhabe und fehlende Ausbildung führen zu Perspektivlosigkeit. All das muss berücksichtigt werden. Wir müssen die Ursachen und nicht die Symptome bekämpfen. Doch diese Landesregierung nimmt den Kommunen die Luft, eine vernünftige Kinder- und Jugendpolitik zu betreiben. Sie nimmt Bildungschancen und Perspektiven. (Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Lohne scheint ein Fass ohne Boden zu sein. Die Kosten pro Kind betragen 9 000 Euro pro Monat. Platz gibt es für sieben Kinder. Voll ausgelastet war die Einrichtung bislang nicht. Scheinbar fehlt es am Bedarf. Weder in Niedersachsen noch aus anderen Bundesländern lassen sich ausreichend viele Kinder für die Einrichtung finden. Diese Unterbelegung führt zu drastischen finanziellen Problemen beim Träger. Der Träger muss ein sechsstelliges Defizit vor sich herschieben. Es gab Gespräche mit der Landesregierung, dieses Defizit abzudecken. Die Rechtsgrundlage blieb völlig offen, und klar scheint, dass diese Einrichtung nur bei einer Belegung von mehr als 95 % also bei Vollbelegung wirtschaftlich zu führen ist.

Was mich aber sehr nachdenklich gestimmt hat, ist, dass wir es hier mit einer weiteren Finanzierung zu tun haben: Ein Platz an der Sonne. - Sicherlich wünschen sich alle Kinder auch die Kinder in Lohne, einmal auf der Sonnenseite der Gesellschaft zu stehen. Warum sich aber die ARD-Fernsehlotterie, die für ein solches Projekt mit dem „Platz an der Sonne“ wirbt, im Jahr 2010 mit 262 000 Euro an den Kosten für Sanierungs- und Umbaumaßnahmen beteiligt hat, bleibt uns ein Rätsel. Hier stellt sich für uns die Frage: Was kommt als Nächstes? - Vielleicht der Bingo Bär, der die Mauern ein bisschen begrünt, oder die Klosterkammer oder die Volkswagenstiftung? - Als ob an dieser Stelle 400 000 Euro Investitionskostenzuschüsse nicht gereicht hätten. Hier drängt sich immer mehr die Erkenntnis auf, dass Lohne nicht wirtschaftlich zu betreiben ist. (Zustimmung bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Lohne ist aber nicht die Caritas gescheitert, sondern die Landesregierung mit den sie tragenden Fraktionen, die dieses Konzept bestellt haben. Ich finde, an dieser Stelle wird eines ganz deutlich: Der Politik wird häufig vorgehalten, dass sie sich nicht unterscheidet. An dieser Stelle sind in diesem Haus aber eine klare Trennlinie und klare Konturen zu erkennen. Wir können uns abstrakt bei der Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung einigen, aber nicht im Konkreten. Am Beispiel Lohne wird die unterschiedliche grundsätzliche sozialpolitische und auch kriminalpolitische Ausrichtung deutlich. Wir lehnen diese Einrichtung ab. (Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Hamburg fehlte einer CDU-geführten Mehrheit die Courage, die Einrichtung Feuerbergstraße trotz aller Fehlentwicklungen zu schließen. Das mussten dann die Grünen während ihrer Regierungsbeteiligung mit erledigen. In Niedersachsen steckt die CDU den Kopf in den Sand. In Hamburg ist die CDU abgewählt. In Niedersachsen haben CDU und FDP nach den neuesten Umfragen des NDR keine Mehrheit mehr. Ich stelle fest: Niedersachsen braucht eine bessere Politik für Kinder und

Jugendliche - ohne die Einrichtung in Lohne. Wir freuen uns auf 2013 und stimmen dem Antrag zu.  
(Lebhafter Beifall bei der SPD)